

Verband der Gründer und Selbständigen (VGSD) e.V.
Dr. Andreas Lutz
Rosenheimer Str. 139 (10. Etage)
81671 München

1) Sozialversicherung

a) Rentenversicherungspflicht: Planen Sie die Einführung einer Rentenversicherungspflicht für Selbständige?

Falls ja: In welcher Form? Wie verhindern Sie eine Überforderung von Selbständigen mit geringem Einkommen, aber auch der Mehrheit derer, die verantwortungsvoll vorgesorgt haben und dazu bereits langfristige Verpflichtungen eingegangen sind?

Wir Piraten setzen uns für eine nachhaltige Bekämpfung der Altersarmut, die direkte Folge der über Jahrzehnte verfehlten Rentenpolitik ist, ein. Auch für das langfristige Ziel eines bedingungslosen Grundeinkommens wird das Rentensystem angepasst. Jede*r Rentner*in soll im Alter eine Mindestrente erhalten, welche eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Deshalb muss das bisherige Rentensystem so umgestaltet werden, dass die zukünftigen Rentner*innen wieder von einer sicheren Rente im Alter ausgehen können. Um diese Ziele zu erreichen, muss das Rentensystem so umgestaltet werden, dass die Einnahmehasis verbreitert und die Stärkeren sich angemessen mit Beiträgen an der Rentenversicherung beteiligen.

Alle bestehenden Rentensysteme, berufsständische Versorgungssysteme und Pensionen im öffentlichen Dienst werden zu einer Rentenkasse zusammengeführt. Alle steuerpflichtigen Einkommen und Kapitalerträge werden zur Zahlung von Rentenbeiträgen verpflichtet. Keine Berufsgruppe wird ausgenommen, die Bemessungsgrenze soll entfallen. In die Rentenkasse zahlen alle in Deutschland lebenden Menschen einkommensabhängig ein.

Die Beiträge von Selbständigen werden sich an ihren jeweiligen Unternehmenszahlen orientieren, sodass diese in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.

b) Hohe Mindestbeiträge zur Krankenversicherung: Planen Sie eine Reduzierung der Mindestbeiträge für Selbständige?

Hintergrund: Selbständige müssen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung Mindestbeiträge von rund 360 Euro/ Monat zahlen. Die Beiträge werden auf Basis eines fiktiven Einkommens von 2.021,25 Euro berechnet, auch bei tatsächlich deutlich geringerem Verdienst, etwa bei Teilzeit. Das verhindert eine stärkere selbständige Betätigung insbesondere von Frauen. Es nimmt Geringverdienern den Spielraum für eine ausreichende Altersvorsorge. Zudem stellt es eine krasse Ungleichbehandlung gegenüber Angestellten dar.

Die Finanzierung des Gesundheitssystems betrachten wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher sehen wir in der Einbeziehung sämtlicher Bürger*innen in die Sozialversicherung unter Berücksichtigung möglichst aller Einkommensarten ein sinnvolles Modell zur Finanzierung dieses Systems. Wir erkennen allerdings die Einschränkungen der Wahlfreiheit in dieser Art der Finanzierung für Bürger*innen sowie die Anbieter privater Krankenversicherungen an und verstehen ihre Bedenken. Daher setzen wir uns für einen Volksentscheid ein, um einen gesellschaftlichen Konsens in dieser wichtigen Frage des gemeinschaftlichen Zusammenlebens zu erreichen.

c) Bezahlbare Krankenversicherung für alle Selbständige: Wie verhindern Sie eine Überforderung durch sehr hohe Beitragssteigerungen privater Krankenversicherungen? Wie stellen Sie sicher, dass Selbständige aus einer Schuldenfalle durch ausstehende Altbeiträge gesetzlicher Versicherungen heraus finden?

Niemand ist gezwungen, eine private Krankenversicherung abzuschließen. Jedem, der dies tut, muss jedoch klar sein, dass daraus überproportionale Beitragssteigerungen mit steigendem Alter verbunden sind.

Grundsätzlich soll gerade im Rahmen der Neuordnung des Sozialsystems in Richtung bedingungsloses Grundeinkommen ein steuerfinanziertes Gesundheitswesen entstehen, um solche Effekte zu vermeiden. Schließlich ist eine Krankenversicherung für eine sichere Existenz notwendig und muss daher für alle möglich und erschwinglich sein.

d) Arbeitslosenversicherung für Selbständige: Planen Sie Änderungen?

Hintergrund: Die Beiträge wurden in zwei Stufen (1.1.11 und 1.1.12) insgesamt vervierfacht. Viele Selbständige müssen auf den Schutz verzichten, weil die Versicherung - auch im Verhältnis zur Leistung - unerschwinglich geworden ist. Selbständige mit formal niedrigerer Bildung erhalten bei gleicher Beitragshöhe zudem ein deutlich geringeres Arbeitslosengeld.

Auch hier greift das Modell der solidarischen Versicherung, wie es im Fall der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung Anwendung finden soll. Langfristig sind die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu ersetzen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen, das jedem Menschen in Deutschland zugestanden wird, unabhängig von seiner wirtschaftlichen Situation.

2) Gründungsförderung

a) Abschaffung des Rechtsanspruchs auf Gründungszuschuss: Welche Änderungen planen Sie in Hinblick auf den Gründungszuschuss? Wie wollen Sie erreichen, dass die Zahl der Gründungen in Deutschland wieder zunimmt?

Hintergrund: Der Gründungszuschuss ist bzw. war das wichtigste Instrument der Gründungsförderung in Deutschland und eines der effektivsten Instrumente der Arbeitsmarktpolitik - das hat eine Vielzahl von Studien bestätigt. Aufgrund der Ende 2011 erfolgten Änderungen ist die Zahl geförderter Gründer 2012 gegenüber dem Vorjahr um 85 Prozent zurückgegangen. Zur Erreichung vorgegebener Quoten werden Gründungswillige seitens vieler Arbeitsagenturen systematisch von einer Gründung abgehalten bzw. entmutigt.

Der Rechtsanspruch auf Gründungszuschuss ist nur insofern das "effektivste Instrument der Arbeitsmarktpolitik", als er die geförderten Gründer*innen aus der Arbeitslosenstatistik herausgenommen hat. Das ganze System zielt darauf ab, kurzfristige Erfolgseffekte zu erzielen. Inzwischen sind viele derartig geförderter Gründungen, darunter viele Ich-AGs, wieder aufgelöst, verschuldet oder insolvent.

Das ganze System der Arbeitsagenturen muss infrage gestellt werden. Eine existentielle Grundsicherung würde das Armutsrisiko vermindern und Fantasien freisetzen, neue Firmengründungsmodelle zu wagen.

b) Gründercoaching für Arbeitslose: Wie stellen Sie sicher, dass Gründer weiterhin Zugang zu erschwinglicher und professioneller Beratung erhalten?

Hintergrund: Die mit dem Gründungszuschuss begonnene Zerschlagung der Förderinfrastruktur setzt sich beim Gründercoaching für Arbeitslose fort. Das Programm setzt den Bezug von Gründungszuschuss (oder ALG2) voraus, entsprechend sank bereits 2012/13 die Zahl der Gründer mit Zugang zum Programm. Das aus ESFMitteln finanzierte, von der KfW verwaltete Programm soll nun zum 31.12.2013 ganz auslaufen. Bei den verbleibenden Programmen beträgt der Eigenanteil 50 Prozent (neue BL: 25%) statt bisher 10%. Professionelle Beratung wird damit für den Großteil der Gründer unerschwinglich.

Hierzu sagt Thomas Gerwert, Unternehmer und Listenkandidat der PIRATEN Niedersachsen: "Das Gründercoaching war, ergänzend zum Gründungszuschuss, als stabilisierendes Element für Gründungen aus Arbeitslosigkeit heraus gedacht. Es hat sich allerdings herausgestellt, dass trotz dieser Leistungen nur sehr selten wirklich stabile Unternehmensgründungen daraus hervorgegangen sind.

Eine Streichung im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik ist daher aus meiner Sicht zunächst einmal nachvollziehbar. Allerdings macht es deutlich, wie wichtig ein Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik insgesamt ist.

Damit Menschen sich auf die Verwirklichung ihrer Ziele konzentrieren können, bedarf es einer grundsätzlichen finanziellen Absicherung. Mit der Forderung der Piraten nach einem so genannten bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) wäre diese Absicherung geschaffen. So könnten auch Gründungen aus Arbeitslosigkeit heraus realisiert werden.

Durch die bessere finanzielle Grundsicherung wäre es dann auch umsetzbar, dass Menschen aus dem aufgezeigten Umfeld das "normale Gründercoaching" nutzen. Somit wäre auch gleich ein Schritt weg von unterschiedlichen "Gründerkategorien" getan!"

c) Zugang zu Krediten für Selbständige: Werden Sie den Mikrokreditfonds Deutschland fortsetzen? Wie werden Sie dafür sorgen, dass Selbständige einen angemessenen Zugang zu Krediten erhalten?

Hintergrund: Während der Finanzkrise wurden Banken und Finanzinstitute mit Steuermitteln gerettet. Die Selbständigen haben diese Rettung durch ihre Steuern mitfinanziert. Trotzdem werden sie von Kreditinstituten weiterhin benachteiligt. Selbst bei guter Bonität werden Privatkredite verweigert, es ist extrem schwer geschäftliche Kredite zu erhalten, selbst bei umfangreicher Stellung von Sicherheiten. Der 2010 vom BMAS gestartete Mikrokreditfonds Deutschland, der über ein Netzwerk aus Mikrofinanzinstituten erfolgreich eine Alternative geschaffen hat, hat für Ende 2013 die Einstellung der Kreditneuvergabe angekündigt.

Hierzu sagt Thomas Gerwert, Unternehmer und Listenkandidat der PIRATEN Niedersachsen: "Mikrokredite sind ein wichtiges Teilelement zur Finanzierung von Gründungen bzw. Vorfinanzierung erster Aufträge. Insofern erscheint es sinnvoll, ein solches Konzept fortzuführen. Gerade für Gründungs- und Wachstumsfinanzierungen scheinen klassische Bank- und Finanzinstitute nicht mehr die geeigneten Partner zu sein. Durch die Schaffung von Mikrofinanzinstituten sollten genau diejenigen Personen Zugang zum Kreditmarkt erhalten, die keinen Zugang zu Banken haben. Durch die schnelle und einfache Vergabe könnten Gründer sehr zeitig planen. Die bisherige Praxis hat zudem gezeigt, dass die Ausfallquoten gering sind. Insofern halte ich es für ein erstrebenswertes Ziel der Piraten, im Sinne einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik den Bereich der Mikrofinanzierung fortzuführen."

Zwangsmitgliedschaften, Bürokratie und fehlende Rechtssicherheit

a) Pflichtbeiträge und Mitgliedschaft in IHKs und Handwerkskammern: Wie stehen Sie und Ihre Partei zur Zwangsmitgliedschaft in Kammern? Welche Vorstellungen haben Sie bzgl. einer Reform der Kammern im Allgemeinen?

Die Piratenpartei tritt für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden wie der Industrie- und Handelskammer (IHK) sowie der Landwirtschafts- oder Handwerkskammer ein. Rechtsanwalts-, Notar- und Ärztekammern sind von diesem Ziel nicht erfasst.

b) Zukunft der Minijobs: Planen Sie Änderungen in Hinblick auf die so genannten 450- Euro-Jobs? Falls ja: Welche konkret? Wie wollen Sie erreichen, dass Kleinunternehmen weiterhin auf unbürokratische Art und Weise Mitarbeiter in geringem Umfang beschäftigen können?

Hintergrund: Für kleine Unternehmen sind Minijobs ein unkomplizierter Weg, Mitarbeiter, darunter auch Familienangehörige, zu beschäftigen und so erste Erfahrungen als Arbeitgeber zu sammeln. Das Einstellen sozialversicherungspflichtiger Mitarbeiter ist eine große Hürde, weil damit eine Vielzahl bürokratischer Pflichten gegenüber verschiedensten Stellen verbunden ist.

Das Konzept der Agenda 2010 hat kurzfristig neue Beschäftigungsmodelle geschaffen, ohne Berücksichtigung ihrer langfristigen Auswirkung auf die Erwerbsbiographie der einzelnen Menschen. Erst ein existenzsicherndes steuerfinanziertes Grundeinkommen schafft die Möglichkeit von individuell ausgehandelten Arbeitsverträgen mit Mindestlohngarantie.

Im Hinblick auf Leiharbeiter haben wir beschlossen, dass deren Gesamtzahl an der Belegschaft 10% nicht übersteigen darf. Sollte diese Regelung nicht ausreichend sein, um die Anzahl prekär Beschäftigter nachhaltig zu senken, ist eine Ausweitung dieser Forderung auf alle nicht festangestellten Mitarbeiter denkbar.

c) Hohe Nachzahlungen durch fehlende Rechtssicherheit: Wenn ein freier Mitarbeiter plötzlich als scheinselfständig gilt oder der eigene Status als Freiberufler vom Finanzamt in Frage gestellt wird, drohen hohe Nachzahlungen. Eine Klärung im Vorfeld ist oft schwierig und erhöht die Wahrscheinlichkeit einer negativen Entscheidung. Wie wollen Sie die Rechtssicherheit für kleine Unternehmen erhöhen?

Fehlende Rechtssicherheit ist die Folge von Gesetzen, die nicht auf ihre soziale Verträglichkeit und Nachhaltigkeit überprüft wurden. Die Piratenpartei fordert eine Gesetzgebung, die die sozialen Folgen der Gesetze gleich stark gewichtet wie die der Umweltverträglichkeit.

4) Machen Sie etwas Eigenwerbung

Erklären Sie unseren Mitgliedern und Lesern (in ca. 250 Worten), warum sie als Selbständige gerade Sie bzw. Ihre Partei wählen sollten.

Selbständige unterliegen aufgrund der Sozialgesetzgebung einem höheren Armutsrisiko als sozialversicherungspflichtig beschäftigte Menschen. Nur unter Einsatz großer finanzieller Mittel können sie sich dagegen versichern. Mit unserem Modell des bedingungslosen Grundeinkommens schaffen wir eine wirtschaftliche Grundlage, die Kreativität und Unternehmergeist fördert. Es wirkt auch für Gründer und Selbstständige mit niedrigem Einkommen unterstützend. Die aktuellen Probleme, die sich in ihren Fragen zum Sozialsystem widerspiegeln, sind dann schlicht nicht mehr vorhanden.

Weiterhin versetzt das Bedingungslose Grundeinkommen weit mehr Menschen in die Situation, Güter und Dienstleistungen erwerben zu können, als dies bislang der Fall ist. Und letztendlich profitieren dadurch alle Anbieter derartiger Produkte, und zwar unabhängig von der Stellung innerhalb der Wertschöpfungskette.

Mit der von uns vorgesehenen Evaluation der bestehenden Gesetze und Verordnungen auf Praktikabilität und Notwendigkeit schaffen wir auch den Abbau von Bürokratie, der viele Selbständige in der Ausführung ihrer originären Unternehmertätigkeit behindert.

Durch die angestrebte bessere personelle und materielle Ausstattung staatlicher Kontrollbehörden sorgen wir für verbesserte Chancengleichheit im Wettbewerb. Gleiches gilt bei der Einführung eines allgemeinen Mindestlohns und der Beschränkung prekärer Beschäftigungen im Bereich der Leiharbeit. Ethik und soziale Verantwortung müssen endlich wieder Einzug in die Wirtschaft halten.

Die Piratenpartei steht für Bürgernähe und regionale Wirtschaftskreisläufe. In der Energiepolitik wollen wir dezentrale Systeme fördern. Die persönliche Entfaltung des Individuums hat für uns einen hohen Stellenwert. Bildung sehen wir als Grundrecht an. Alle diese Grundwerte und -forderungen stehen im Einklang mit den typischen deutschen kleinen und mittleren Unternehmen.